CDU
Fraktion in Wilnsdorf

Eckpunkte der CDU-Fraktion zum Wilnsdorfer Haushaltsplanentwurf 2027

CDU-Ratsfraktion Wilnsdorf · Stand 22. November 2026

Eckpunkte:

1. Haushaltsbeschluss verschieben, bis der Kreishaushalt beschlossen ist

Wir beantragen, die Haushaltsentscheidung zu verschieben, bis der Kreistag seinen Haushalt 2027 beschlossen hat und die endgültige Umlagebelastung für Wilnsdorf feststeht. Zugleich soll die Verwaltung den Entwurf überarbeiten und Einsparmöglichkeiten beziffern.

Unser ausgearbeiteter Antrag verbindet die Verschiebung der Beschlussfassung mit einem Auftrag an die Verwaltung, die offenen Fragen zu klären und einen überarbeiteten Entwurf vorzulegen. Ziel sollte es sein, die Prüfungen bereits während der Beratungen des Kreises voranzubringen. Wir bieten dem Bürgermeister und den anderen Ratsfraktionen an, die Ergebnisse gemeinsam zu beraten.

2. Kreisumlage rechtlich prüfen und bei tragfähiger Grundlage anfechten

Die CDU fordert den Bürgermeister auf, die angekündigte Erhöhung der Kreisumlage rechtlich überprüfen zu lassen und, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, Rechtsmittel gegen die Festsetzung einzulegen. Ziel ist es, die finanzielle Belastung der Gemeinde auf das rechtlich zulässige Maß zu begrenzen.

3. Steuererhöhung vermeiden und alle Sparmöglichkeiten ausschöpfen

Die CDU spricht sich ausdrücklich gegen Steuererhöhungen aus. Es müssen zunächst sämtliche Möglichkeiten, die Ausgaben nachhaltig und substanziell zu senken und den Haushalt zu konsolidieren, ausgeschöpft werden, bevor zusätzliche Belastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbetreibende in Betracht gezogen werden. Unsere Beratungen gehen von unveränderten Hebesätzen aus.

Bevor der Rat über höhere Steuern berät, erwarten wir eine vollständige Prüfung der Einsparmöglichkeiten und eine Berechnung des verbleibenden Fehlbetrags. Hält der Bürgermeister höhere Grund- oder Gewerbesteuern danach für erforderlich, soll die Verwaltung konkrete Hebesätze vorlegen und unter denselben Annahmen berechnen, welche Mehreinnahmen sie bringen, wie sie die mittelfristige Finanzplanung verändern und welche Mehrbelastungen für Haushalte und Betriebe entstehen.

4. Einsparmöglichkeiten beim Personal aufzeigen und Strukturen im Rathaus prüfen

Wir fordern die Verwaltung auf, konkrete Einsparmöglichkeiten im Personalbereich zu ermitteln und dem Rat vorzulegen. Dabei sollen insbesondere die Personalentwicklung, die Wiederbesetzung freiwerdender Stellen, organisatorische Veränderungen und Möglichkeiten zur effizienteren Erledigung von Aufgaben geprüft werden (Beispiel Öffentlichkeitsarbeit).

Wir erwarten, dass die Verwaltung auch ihre eigenen Strukturen im Rathaus prüft und Vorschläge vorlegt, wie sich Aufgaben und Abläufe vereinfachen, Personal effizienter einsetzen und Aufgaben bündeln lassen. Verwaltung und Politik sollten gemeinsam die Standards in der Verwaltung hinterfragen und Lösungen erarbeiten.

5. Investitionen überprüfen und priorisieren

Die Verwaltung soll sämtliche geplanten Investitionen überprüfen und eine Prioritätenliste erstellen. Dabei ist aufzuzeigen,

welche Investitionen zwingend erforderlich sind,

welche Maßnahmen verschoben werden können,

wo Einsparungen oder kostengünstigere Alternativen möglich sind,

welche Investitionen gegebenenfalls vollständig entfallen können (Beispiel Flächenoptimierung Rathaus I, 100.000 €).

6. Baucontrolling verbessern und Kosten konsequent steuern

Die CDU fordert eine Verbesserung des kommunalen Baucontrollings, um Kostensteigerungen bei gemeindlichen Bauvorhaben frühzeitig zu erkennen, zu begrenzen und zu vermeiden (Beispiele Schulhof Realschule Niederdielfen, FWG Oberes Weißtal).

Die Verwaltung soll ein transparentes und verbindliches Baukostencontrolling einführen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

Kostenkontrolle: Regelmäßiger Abgleich der tatsächlichen Baukosten mit den ursprünglich kalkulierten Kosten.

Frühzeitige Erkennung von Kostensteigerungen: Abweichungen bei Baukosten und Zeitplänen müssen frühzeitig erkannt und dem Rat mitgeteilt werden.

Laufende Projektberichte: Regelmäßige Berichterstattung über Kostenentwicklung, Baufortschritt und mögliche Risiken bei größeren Bauvorhaben.

Nachtragsmanagement: Konsequente Prüfung von Nachträgen und zusätzlichen Leistungen auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Vergabe und Planung: Verbesserung der Kostenkalkulation bereits in der Planungsphase und sorgfältige Prüfung der Ausschreibungsunterlagen.

7. Öffentlich tagende Haushaltskommission einrichten und Bürgerinnen und Bürger enger einbinden

Die CDU fordert die Einrichtung einer Haushaltskommission, die öffentlich tagt. Die Kommission soll regelmäßig im Rat über mögliche Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung berichten. Ziel ist es, gemeinsam mit Politik und Verwaltung Einsparmöglichkeiten zu finden, Haushaltsentscheidungen transparent zu beraten und die finanzielle Entwicklung der Gemeinde regelmäßig zu begleiten.

Wir fordern weiterhin eine engere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Haushaltsplanberatungen, beispielsweise über Online-Beteiligungsformate oder Diskussionsveranstaltungen.

8. Verwaltungsmodernisierung und Digitalstrategie

Die CDU fordert die Verwaltung auf, ein Konzept zur Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen. Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche berücksichtigt werden:

Digitalisierung von Verwaltungsabläufen: Arbeitsprozesse vereinfachen, automatisieren und effizienter gestalten.

Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Prüfen, in welchen Bereichen KI sinnvoll eingesetzt werden kann, um Beschäftigte zu entlasten und Arbeitsabläufe zu beschleunigen.

Bürgerfreundliche Verwaltung: Mehr digitale Dienstleistungen und Online-Anträge anbieten, um Behördengänge zu reduzieren.

Personalressourcen effizient einsetzen: Durch Digitalisierung und organisatorische Veränderungen Arbeitskapazitäten besser nutzen.

Interkommunale Zusammenarbeit: Prüfen, welche digitalen Lösungen und Verwaltungsdienstleistungen gemeinsam mit anderen Kommunen möglich sind.

Kosten-Nutzen-Analyse: Für geplante Digitalisierungsmaßnahmen Einsparpotenziale, Investitionskosten und langfristige wirtschaftliche Vorteile aufzeigen (Beispiel Digitalstrategie anderer Kommunen).

9. Gleiche Maßstäbe für Kreis und Gemeinde

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Hannes Gieseler fordert die Bürgermeisterkonferenz für den Kreis eine Konsolidierung nach den Maßstäben eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzepts. Dazu gehören die Prüfung von Aufgaben, Standards und Organisation, eine Begrenzung des Personalzuwachses und eine besondere Begründung neuer Stellen. Wir unterstützen diesen Maßstab und erwarten, dass der Bürgermeister ihn auch auf den Wilnsdorfer Haushalt anwendet. Seine bisherige Begründung für mögliche Steuererhöhungen überzeugt uns nicht, weil sie offenlässt, welche Einsparmöglichkeiten die Verwaltung in diesen Bereichen geprüft hat und mit welchem Ergebnis.